

Volksstimme

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je m. 0,12 Blotz für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikanstra. Nr. 4.
Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 30. 6. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto B. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Doch Regierungsumbildung in Deutschland?

Versprechungen Brüning's an die Volkspartei — Entschlossenerere Persönlichkeiten müssen ins Kabinett
Neubefehung des Wirtschaftsministeriums — Brüning trägt die volle Verantwortung

Berlin. Da in weiten Kreisen Zweifel über die praktischen Auswirkungen der am Dienstag gefallenen Entscheidung bestehen, hat die DVZ Gelegenheit genommen, den Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, zu befragen. Die Antwort des Abg. Dingeldey besagt jedoch über das von volksparteilicher Seite bisher Bekanntgewordene hinaus lediglich — wobei Dingeldey erklärt, daß er nur seine eigene Überzeugung, nicht aber die des Reichskanzlers darlegen wolle — da die Notverordnung nicht mehr zu beseitigen war, ohne die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit des Reiches heraufzubekommen, so müssen nunmehr mit größter Beschleunigung die vernachlässigten inneren Ursachen unserer finanziellen Lage durch entschlossene Reformen nach einem einheitlichen Gesamtplan

unter Vermeidung jeder Einseitigkeit in Angriff genommen werden. Auch für diese Aufgabe bedarf es neuer entschlossener Persönlichkeiten. Selbstverständlich können niemals Abmachungen zwischen dem deutschen Reichskanzler und Parteien dem Kanzler das alleinige Recht des Entschlusses und der vollen Verantwortung abnehmen. Diese Abmachungen erhalten aber ihr Gewicht durch die Persönlichkeiten, die sie getroffen haben.

Die DVZ fügt dem hinzu, nach ihrer Kenntnis dürfte nicht geschlossen werden, daß die DVZ ihr Verlangen nach Reorganisation des Kabinetts etwa mit der Neubefehung des Wirtschaftsministeriums als erfüllt ansehen würde.

Noch einmal Bürgerblock in Belgien

Die Regierung Renkin.

Brüssel, Mitte Juni.

Herr Renkin, der Führer der katholischen Partei, hat schließlich, nach fünfzehntägiger Dauer der Regierungskrise, doch eine Regierung zustande gebracht. Sie ist Freitag abend gebildet worden. Aber es ist ein offenes Geheimnis, daß Renkin zwar schließlich genug Parlamentarier gefunden hat, die gern Minister werden wollen, daß aber die neue Regierung noch weit davon entfernt ist, über ihr Programm einig zu sein. Sie hat die Kammer und den Senat für den kommenden Donnerstag einberufen lassen: eine volle Woche brauchen die Herrn, um die Regierungserklärung auszuarbeiten.

Renkins Hauptschwierigkeit war, als er mit den Verhandlungen über die Regierungsbildung begann, daß die Liberalen nicht geneigt zu sein schienen, ihn zu unterstützen. Die Regierung Tasparr war vor allem über die flämischen Sprachenfragen gestürzt. Es ist klar, daß Renkin nur dann einige Hoffnung auf Bestand seiner Regierung haben kann, wenn es ihm gelingt, wenigstens einige der dringendsten flämischen Wünsche zu erfüllen. Die Liberalen, die Partei der französisch sprechenden Bourgeoisie, stehen aber von vornherein den flämischen Wünschen feindlich gegenüber. So glaubte Renkin, schon alle Schwierigkeiten überwunden zu haben, als es ihm gelungen war, einige liberale Führer zu gewissen Zugeständnissen an die Flamen zu bewegen.

Er hatte aber die Rechnung ohne seine eigene Partei gemacht. Als er über seine Verhandlungen mit den Liberalen berichtete, erklärten die Führer der sogenannten „Lath. Demokratie“, des linken Flügels der kleinste Partei, der hauptsächlich flämische Arbeiter zu Wählern hat, daß sie an einer Regierung mit dem Programm, das Renkin mit den Liberalen ausgemacht hatte, nicht teilnehmen und es vorziehen würden, Neuwahlen zu haben.

Das hatten die Liberalen nicht erwartet. Von allem Anfang an wachte jedermann, daß eine neue bürgerliche Regierung, eine neue Koalition der Liberalen mit den Klerikalen, wenn überhaupt, so nur deshalb möglich sein werde, weil beide Parteien Neuwahlen mehr fürchten als alles andre. Nun drohte eine der bürgerlichen Fraktionen mit Neuwahlen! Unter dieser unerwarteten Drohung gaben die Liberalen nach. Sie machten weitere Zugeständnisse. Die Regierungsbildung ist geglückt.

Vor allem wurde um Fragen der Schule und der Armee in Flandern gekämpft. Die wallonischen Sprachinseln im flämischen Land haben bis heute französische Mittelschulen, und ein Großteil der Offiziere, die in Flandern sich rekrutierenden Regimenter befehligen, sind Wallonen. Die nationalistische Bewegung in Flandern verlangt immer stürmischer eine Aenderung dieser Zustände. Die katholischen Abgeordneten Flanderns, hart bedrängt von den flämischen Nationalisten, der sogenannten Frontistenpartei, deren Stimmenzahl bei der letzten Wahl stark angeklungen ist, mußten sich für die flämischen Wünsche einsehen.

Die wallonischen Sprachinseln in Flandern — das sind die französischsten flämischen Bourgeois und Intellektuellen. Die große Mehrheit der französisch sprechenden, französisch fühlenden Bürger in Flandern trägt flämische Namen. Französisch war die Sprache der Gebildeten, der Reichen in ganz Belgien, Französisch lernte und sprach in Flandern alles, was Geld hatte, was Führerstellen erstrebte. Die Französischen Mittelschulen in Flandern, die französische Kommandosprache in den flämischen Regimentern bedeutet die Sicherung dieser französisch sprechenden Minderheit. Gegen sie richtet sich der Ansturm der flämischen Nationalisten. Werden die Französischen Mittelschulen geschlossen, müssen die Offiziere flämisch sprechen, so wird nach einer Generation die französische Oberschicht in Flandern verschwunden sein, so wird Platz für die nachdrängende flämische Bourgeoisie, für die flämischen Intellektuellen.

Die Vertreter dieser wallonischen Minderheiten in Flandern bilden einen einflussreichen Flügel in der liberalen Partei. Sie haben sich leidenschaftlich gegen ihre Preisgabe an die Flamen gewehrt. Aber die Mehrheit der Partei, die Bourgeoisie im wallonischen Landesteil vertretend, hat nachgegeben.

Wieder ein Kabinett Ender in Wien

Notverordnungen auch in Oesterreich? — Weitgehende Vollmachten zur Sanierung gefordert
Schwierige Kabinettsbildung — Abwartende Haltung der Sozialdemokratie — Dr. Schober soll ausgeschifft werden

Wien. Der Mittwoch war bis weit über die Abendstunden hinaus mit Empfängen der Parteiführer beim Bundespräsidenten Niska ausgefüllt. Die Bemühungen gingen vor allem dahin, eine Neubildung der Regierung wieder unter Dr. Ender auf der Grundlage der bisherigen Verbindung der bürgerlichen Parteien zu ermöglichen. Dr. Ender, der, wie verlautet, an sich wenig geneigt sein soll, die Regierung nochmals zu übernehmen, würde trotzdem sich zur Bildung des neuen Kabinetts bereitfinden, wenn die großen deutschen Abgeordneten und der Landbund weitgehende Garantien dahin geben, daß sie dem Ersparungsprogramm des Kanzlers nicht wieder Schwierigkeiten in den Weg legen. Es verlautet, daß weder der großdeutsche Block noch die Landbündler die geforderten bindenden Erklärungen abzugeben werden.

Wien. Die amtliche Nachrichtenstelle meldet: Der Bundespräsident hat Mittwoch abends den Bundeskanzler Dr. Ender die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen. Bundeskanzler Dr. Ender erklärte, daß nach seinen Erfahrungen die außergewöhnlichen Schwierigkeiten der heutigen Lage vom Parlament in seiner gewöhnlichen Weise nicht bewältigt werden können und daß er daher dieser Aufforderung des Bundespräsidenten nur dann Folge leisten könne, wenn gewisse Vorbedingungen geschaffen werden. Erste Bedingung sei, daß das Parlament der Regierung weitgehende außerordentliche Vollmachten für eine angemessene Zeit erteile, um das Gleichgewicht im Bundeshaushalt rasch wiederherzustellen und für den die Kreditanstalt betreffenden Fragekomplex die gebotenen Maßnahmen treffen zu können. Die Sozialdemokraten nehmen eine zurückhaltende Stellung ein. Wie es heißt, soll Schober dem neuen Kabinett nicht mehr angehören.

Handelstammer für Ender

Wien. Die Präsidialkonferenz der österreichischen Handelskammer hat beschlossen, an alle der Regierung nahestehenden Parteien die dringende Aufforderung auf praktische Bekämpfung der Regierungskrise zu richten, ohne Rücksicht auf parteipolitische

sonderwünsche. Eine Wordingung der Konferenz begab sich zum Bundeskanzler Dr. Ender, um ihn dringend zu bitten, sich dem Rufe zu einer neuen Regierungsbildung nicht zu entziehen. Hierauf sind die Präsidenten der Kammer vom Bundespräsidenten über ihre Anschauung hinsichtlich der Krise befragt worden. Sie brachten zum Ausdruck, daß die Bildung eines neuen Kabinetts unter Führung Ender's die beste Gewähr für eine wirksame Erleichterung der Lage und eine Entwirrung der Krise biete.



Dr. Ender

der am Dienstag mit seinem Kabinett zurücktrat und wieder mit der Regierungsbildung betraut wurde.

Reform des polnischen Verwaltungssystems

Warschau. Der regierungsfreundliche „Kurjer Czerwony“ weiß von angeblich bevorstehenden großen Reformen des polnischen Regierungssystems zu melden. Vor allen Dingen soll das Bestreben dahin gehen, den Verwaltungsapparat zu vereinfachen und zu vereinigen. Danach soll u. a. auch die Zusammenlegung von fünf Wojewodschaften, namentlich im Osten, geplant sein. Wie jedoch von gut unterrichteter Seite verlautet, scheint diese Meldung zum mindesten stark verfrüht zu sein. Die Zusammenlegung von Wojewodschaften würde z. B. erst eine Beschneidung des Parlaments erfordern. Allerdings soll zunächst, wie es heißt, gewissermaßen als Vorarbeit, die Zusammenlegung von etwa 30 kleinen Bezirken erfolgen, wodurch man auch schon größere Einsparungen zu erzielen glaubt.

Unterredung Mellons mit Macdonald

London. Obwohl der Besuch des amerikanischen Finanzministers Mellon in England angeblich rein privater Art ist, hatte Mellon doch bereits am ersten Tage seines Aufenthaltes in London eine Besprechung mit dem englischen Ministerpräsidenten Macdonald in dessen Amtszimmer im Unterhaus. Ueber den Inhalt der Unterredung ist bisher nichts bekannt geworden. Mellon wird voraussichtlich während des Wochenendes in Cambridge seinen Sohn besuchen.

Mehr sozialistische Propaganda

London. Im Rahmen der Labour Party ist eine „Sozialistische Gesellschaft für Forschung und Propaganda“ gegründet worden. Die Gesellschaft wird sich mit Untersuchungen politischer und wirtschaftlicher Art befassen. Zu ihren Gründern gehören der bekannte Sozialpolitiker Cole und der Gewerkschaftsführer Benin.

Die Sprachenfrage ist nicht die einzige Frage, um die der Kampf ging. Ebenso wichtig ist die Frage der Rüstungen, und sie ist unlösbar mit der Sprachenfrage verbunden.

Die Regierung Jaspas hatte ein Rüstungsprogramm ausgearbeitet, das die Verwendung von mehr als dreihundert Millionen Franken für neue Festungsbauten vorsah. Das Programm entspricht den Plänen, die der belgische Generalstab gemeinsam mit dem französischen ausgearbeitet hat; Belgien ist seit 1922 mit Frankreich durch eine Militärkonvention verbunden.

Die liberale Bourgeoisie sieht ein, daß sie auf die Dauer nicht gegen die flämischen Sprachenwünsche ankämpfen kann. Sie hat also nachgegeben. Aber sie wollte, wenn sie einen Teil ihrer Macht preisgibt, den Rest ihrer Macht doppelt sichern. Flämische Offiziere für die flämischen Regimenter? Gut; aber dafür Auslieferung des belgisch-französischen Festungsprogrammes! Die französischen Soldaten sollen, von flämischen Offizieren kommandiert, die Pläne des französischen Generalstabs ausführen! Bau neuer flämischer Gymnasien? Gut; aber dafür auch Bau neuer Sperrforts um Antwerpen und Gent, an denen die Schwerindustrie, die in den Händen wallonischer Kapitalisten ist, Duzende von Millionen verdient und die den militärischen Wünschen des großen französischen Verbündeten entsprechen.

So wollten es die Liberalen. Die katholischen Demokraten haben ihnen aber den Plan teilweise verdonkert. Sie werden nicht nur von den Frontisten, sondern noch viel stärker von den Sozialisten bedrängt. Seit einem halben Jahre kämpft die sozialistische Partei, von Vandervelde geführt, gegen die französisch-belgische Militärkonvention, gegen die Rüstungen. Abrüstung statt Festungsbauten — das ist der Wunsch der Arbeiter, auch der flämischen Arbeiter, im ganzen Land. Abrüstung statt Festungsbauten — das ist der Wunsch der Bauern und Kleinbürger vor allem in Flandern, wo man dem Festungsprogramm des französischen Generalstabes sehr mißtrauisch gegenübersteht. Daher die große Furcht der bürgerlichen Parteien vor Neuwahlen. Das Rüstungsprogramm ist den Massen verhaßt, doppelt verhaßt in dieser Zeit schwerer wirtschaftlicher Krise; die Regierung hat kein Geld für die Sozialversicherung, kein Geld für wichtige Kanäle und Hasenbauten, aber sie hat hunderte Millionen für die Festungen!

So haben die katholischen Demokraten eine Herabsetzung der Rüstungsausgaben verlangt. An dieser Frage ist die Regierung Jaspas gescheitert: sie wurde gestürzt, die Koalition brach in offener Parlamentsitzung auseinander, als die katholischen Demokraten eine Verminderung der Rüstungs- und Festungskredite beantragten. Die Regierung erklärte, diese Anträge anzunehmen, worauf die Liberalen der Regierung die Gefolgschaft kündigten. Nun haben die Liberalen auch in dieser Frage ein wenig nachgeben müssen. Die Regierung Kenkin vertritt ein etwas gekürztes Rüstungsprogramm: man spricht von 220 Millionen Franken statt der 300 in Jaspars erstem Entwurf. Aber die neue Koalition steht auf schwachen Füßen. Die bedeutendsten Führer beider Parteien haben sich geweigert, in das Ministerium einzutreten, weil sie überzeugt sind, daß es sich nicht lange halten können. Kenkin hat noch einmal die Gegensätze zwischen Liberalen und Katholiken, die schweren Gegensätze innerhalb der flämischen Partei notdürftig überbrückt. Aber er kann die Abrechnung des Volkes mit der Bürgerkriegsregierung nur verzögern, er kann den unvermeidlichen Sieg der Sozialisten bei der nächsten Wahl nicht verhindern. Belgien wird nicht zur Ruhe kommen, ehe nicht unter Führung der Sozialisten die großen Probleme des Landes — Sprachenfrage und Abrüstung — wirklich gelöst werden, um die heute die Bürgerlichen bloß feilschen, um sich an der Macht zu erhalten.

Regierung und Kirche in Spanien

Madrid. Der Minister des Auswärtigen hat den apostolischen Nuntius in Madrid empfangen, der ihm eine Note des heiligen Stuhles überreichte. Ueber den Inhalt der Note wurden keine Meldungen der Presse gebracht. Der Vorsitzende der vorläufigen Regierung hat den Bischof von Madrid empfangen, der im Namen der spanischen Kirchen gegen die Art und Weise protestierte, in der Kardinal Erzbischof von Toledo und Primas von Spanien ausgewiesen worden ist.

Botschafterbesprechungen und Transferauschuß

Berlin. Die seit längerer Zeit vorgeesehenen Botschafterbesprechungen mit den Vertretern des Reiches in Paris, Rom und Washington werden am Donnerstag ihren Anfang nehmen. Botschafter von Schubert ist bereits in Berlin eingetroffen. Herr von Hoesch wird aus Paris für Donnerstag erwartet. Mit dem Eintreffen des Washingtoner Botschafters Freiherrn von Britz und Gafcon rechnet man für Ende dieser Woche. Die Anwesenheit des Moskauer Botschafters von Dirksen in Berlin dürfte lediglich mit der Verlängerung des Berliner Vertrages zwischen dem Reich und der Sowjetunion zu tun haben, während die Besprechungen mit den übrigen Diplomaten der Tributfrage gelten.

Es handelt sich hierbei in erster Linie um den Zeitpunkt für die Erklärung des Transferauschusses. Wie jetzt bekannt wird, ist in den Besprechungen mit der englischen Regierung in Chequers hierfür der 15. August in Aussicht genommen worden, zumal von englischer Seite empfohlen wurde, den Besuch Stimson's abzuwarten, der sich für die zweite Julihälfte in Berlin angefangen hat. In den Besprechungen mit den deutschen Diplomaten wird nun die Frage geprüft werden, ob die politische Gesamtlage auch eine frühere Erklärung des Transferauschusses zuläßt. Gleichzeitig dient die Anwesenheit der Botschafter ihrer Unterrichtung über die tributpolitischen Absichten der Reichsregierung. Vor dem Abschluß dieser diplomatischen Beratungen wird eine Entscheidung des Reichskabinetts in der Terminfrage nicht fallen. Es ist inselgedessen nicht damit zu rechnen, daß die Reichsregierung sich noch in dieser Woche beschlußmäßig festlegt.

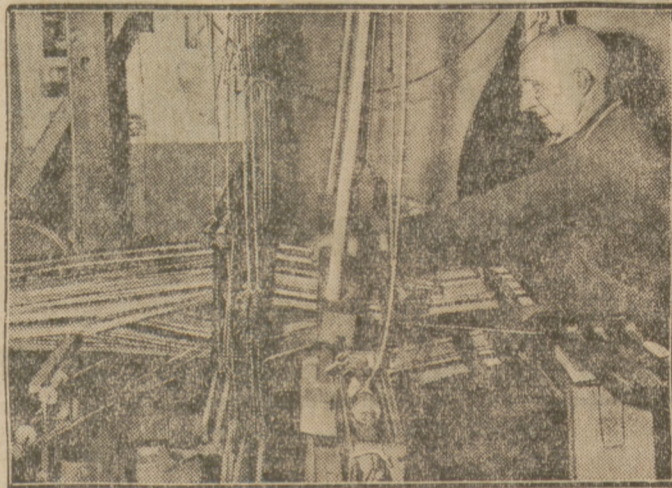
Die Einladung zur Weltabrüstungskonferenz

Genf. Wie vom Völkerbundsekretariat mitgeteilt wird, hat der Generalsekretär des Völkerbundes jetzt die offiziellen Einladungen für die Weltabrüstungskonferenz, die am 2. Februar 1932 in Genf beginnt, ergehen lassen. Es sind sämtliche dem Völkerbund angehörende Staaten eingeladen worden, außerdem noch Afghanistan, Brasilien, Costarica, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Aegypten, Ecuador, Mexiko, die Türkei und Sowjetrußland. Die Eingeladenen sind gebeten worden dem Völkerbundsekretariat zu gegebener Zeit die Benennung und Zusammenetzung ihrer Delegation mitzuteilen.



Frankreichs neuer Botschafter für Berlin?

Unterstaatssekretär Francois Boncet gilt als aussichtsreicher Kandidat für den Berliner Botschafterposten, der, wie man annimmt, durch den Rücktritt des Botschafters de Margerie demnächst frei wird.



Helft dem Frankenwald!

In Berlin findet zur Zeit eine Ausstellung statt, die auf die Not dieses landschaftlich so schönen Gebietes aufmerksam machen will. Neben vielen Ansichten des Landes und Erzeugnissen seiner Heimindustrie sieht man auch einen alten Webermeister bei der Arbeit.

Internationaler Syndikalistentongress in Madrid eröffnet

Madrid. In Madrid wurde am Mittwoch unter Vorsitz des Deutschen Rudolph Koder der internationale Syndikalistentongress eröffnet. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Verwendung der aus Sowjetrußland eingegangenen Hilfsgelder. Die spanischen Syndikalisten beschloßen, gegen die Arbeit der Nationalerparlamentarischen Opposition zu treten und die politische durch eine direkte Aktion zu erziehen. Vor allem soll aber die Organisation eines revolutionären Kampfes vorgenommen werden, der nicht nur die Erledigung des kapitalistischen Systems, sondern auch des Staates selbst zum Endziel hat.

Annahme des schweizerischen Versicherungsgesetzes

Bern. Der Nationalrat nahm Mittwoch das Gesetz über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung mit 163 gegen 14 Stimmen bei einer Enthaltung an.

Schwierigkeiten für die rumänische Regierung

Bukarest. Für die Politik der Liberalen, die bei den Wahlen mit der Regierung zusammenging, ist von der Parteileitung die Lösung ausgegeben worden: „Einheitlich bewachte Opposition!“ Die Reden der Parteiführer unterliegen in wichtigen Fällen der Vorzensur des Parteiführers. Die Liberalen nehmen vor allem Anstoß an dem Wortlaut der Thronrede, die von rumänischen Vätern spricht, an deren Spitze die rumänische Nation steht, was als besonders unglückliche Wendung bezeichnet und angeblich im Widerspruch zur geschichtlichen Forschung Zogoras steht.

Die österreichisch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen unterbrochen

Wien. Die Verhandlungen über einen neuen österreichisch-polnischen Handelsvertrag sind, voraussichtlich bis zum Herbst, unterbrochen worden.

Passagier aus dem Flugzeug gestürzt

Roman von P. Wild.

„Wo ist es Wahrheit, was ich gehört habe? Sie verdächtigen Hans Hermann als Täter, als Mörder; er soll das Potent gestoßen und Schlimmeres getan haben. Sag' doch, daß es so ist!“

Frau Müller nickte.
Nun erst glaubte Gabriele den eigenen Ohren — also die Worte handelten von ihm.

„Lüge ist es, gemeine Lüge!“ schrie sie überlaut. „Mutter, ich muß zu ihm.“

„Indien ist fern“, murmelte Frau Müller entsetzt.

„Es gibt keine Entfernung mehr mit dem Flugzeug!“

Frau Müller wollte aufbegehren, nein rufen — kurz, hart. Dann besann sie sich. Gabriele war in einem Zustand, der ihr klaren Bewußtsein ausschaltete. Die Gemütsregung war zu krankhafter Aufregung gesteigert. Ein mütterliches „Nein!“ würde nur Opposition auslösen. Da fiel ihr das Rechte ein:

„Komm mit, wir wollen schnellstens zum Untersuchungsrichter gehen; er wird uns mitteilen, was sich ereignet hat!“

Schweigend, starren Auges sahen sich Mutter und Kind an.
* * *

Im Gefängnis. Glasiges Dämmerlicht fiel in mattem Schein durch das vergitterte, kellerfensterartige Loch in einen dumpfen, luftlosen Raum.

Eine schreckliche Umgebung. Gestampfte Erde, Lohmwände. Wenn ich mich auf die Lagerstätte hinstrakte, kroch allerlei elches Getier von Wänden und Boden über mich. Bald streifte mich die schleimige, feuchte Kühle einer unsichtbaren Schnecke, bald die schweblichen Taster kuckender Spinnen, oder ich fühlte die kessenden Sauger unzähliger Moskitos in meiner Haut — hörte ihr Summen. Kurz, eine elende Situation!

Verzweifelt rannte ich in dem kleinen Raum auf und ab, legte mich todmüde, verzweifelt nieder und war im nächsten Augenblick wieder auf. Ich glaubte nicht zu schlafen, als ich

wie aus weiter Ferne das harte Knirschen des Schlüssels im rostigen Schloß hörte. Ein Luftstrom traf mich, aufatmend sog ich Sekundenlang die Frische ein; dann war es vorbei. Ich war ganz wach geworden. Von der Tür her bewegte sich eine Frauengestalt, weiß verschleiert, wie ein Gespenst, gegen mich. In der Hand hielt sie eine flackernde Delleterne.

Ich fuhr förmlich zurück, als eine wohlbekannte, weiche Frauenstimme mich anrief:

„Liebster...!“

Die Verräterin! Mit einem Satz war ich hoch, stand neben ihr.

Wut packte mich. Ich keuchte.

„Verräterin, kommst du, um dich an den Qualen deines Opfers zu weiden! Weiß, Dirne! Fort mit dir!“

„Liebster! wiederholte sie unbewegt — leise Trauer verdunkelte ihre Stimme. Zu meinem größten Erschauern trat sie mir ganz nahe, strich mit ihrer weichen Hand zärtlich über meine Stirn, wie ich es gern hatte.“

„Aermster du! Wer hat mich dir verleumdet? Bist du so kleinnützig? Glaubst den Verleumdern? Das tut mir weh — so weh!“ Schluchzen war in ihrer Stimme. „Denn ich liebe dich!“

Nichts konnte mich mehr rühren und von der Wahrheit ihrer Worte überzeugen als dies schlichte Geständnis. Ich begann nachzudenken, mir selbst zu mißtrauen. Wer hatte mir gesagt, daß Badja die Verräterin war? Konnte nicht irgendein anderer Gast es gewesen sein? Dann hatte ich ihr bitteres Unrecht getan.

„Hast du nicht verraten, daß du mich gesehen hast, in der Nacht?“ wunderte ich mich.

„Ja?“ lächelte sie ein unschuldiges Lächeln. „Liebster, das hätte ich nie übers Herz gebracht. Glaubst du, ich käme nach dem Verrat zu dir, setzte meine Freiheit aufs Spiel, brächte mich selbst in Verdacht! Warum sollte ich das sonst tun! Nur weil ich dich liebe, liebe — du ahnst nicht, wie sehr.“

Eine Pause.

Ein Wundern überkam mich. Sie hatte ja recht, hundertmal recht. Warum sollte sie sich in solch große Gefahr begeben, wenn nicht aus Liebe? Erst jetzt überkam mich das Bewußtsein, welcher Gefahr sie sich aussetzte. Ich sorgte mich.

„Wie bist du hergekommen?“

„Ich habe den Wächter bestochen — ich mußte zu dir, dich sehen, dich hören.“ Aufatmend keuchte sie. „Du lebst. Wohl! Der Tag war schrecklich. Die Angst, die qualvolle Angst, Liebstes. Nun ist mir besser. Ich weiß, du lebst. Und morgen nacht... Liebster, sei bereit. Ich hole dich. Wir fliehen.“

„Fliehen? Flucht ist Schuldbewußtsein. Ich aber habe nichts Verbrecherisches getan.“

„Aber Liebster, darum handelt es sich jetzt nicht. Willst du in diesem Loch bleiben, aufgefressen werden von den Insekten? Ah, ich fühle sie auch schon. Dies schreckliche Summen. Moskito! Das ist auf die Dauer unerträglich! — Man hat die Perlenkette bei dir gefunden!“

„Die Perlenkette? Ich habe sie nie in der Hand gehabt.“

„Wer wird dir das glauben? Um das zu beweisen, brauchst du Freiheit, Zeugen. Wie kann sie in dein Zigarrenetui gekommen sein?“

„Wie? Darüber grübele ich unentwegt. Ein Schuß hat es getan!“

„Liebster, der Mann in der Nacht, der mit dir war — vielleicht war er es!“

„Niemals!“ In der Erregung und bei der Hast unserer Aussprache merkte ich nicht, daß ich mich der Frau gegenüber verriet — meinen nächsten Ausflucht zugeb.

„Ich muß eilen, Liebster! Fünf Minuten hat mir der Wärter zugestanden. Schnell. Sag' mir, daß du morgen um dieselbe Zeit bereit bist. Ich verspreche dir, ich will dir mit allen Kräften helfen, den Mörder zu finden. Doch komm, komm, ich ertrage es nicht, daß du in diesem Loch bleibst, länger als unumgänglich nötig!“

„Mit reinem Gewissen fliehen...!“

„Besser als mit beladenem. Gleichviel, überlege! Ich bin morgen um dieselbe Zeit bei dir. Leb wohl.“ Ein Pochen an der Tür warnte zum Abschied.

Die Frau fluchte.
Eine Sekunde zögerte sie, dann schlüpfte sie in mein Ohr:
„Ich habe dir Kleidung mitgebracht: für morgen — in dem Korb dort am Boden. Und auch etwas zu essen. Leb wohl.“
„Ich danke dir!“
Ehe ich sie in meine Arme ziehen konnte, entwich sie und beugte sich über den Korb. Hob sie den Deckel? Dann eilte sie so schnell wie möglich dem Ausgang zu.
(Fortsetzung folgt.)

Die Arbeitslosenfrage vor dem Schlesischen Sejm

Ehre den Opfern, die auf der Suche nach Arbeit und Brot gefallen sind — Der Schlesische Sejm fordert einmütig genügende Unterstützung oder Arbeit — Unter dem Druck der Arbeitslosen — Reaktivierung der Unterstützungen — Interpellation des Sozialistischen Sejmlubs gegen die kommissarischen Betriebsräte

Die Szene wird zum Tribunal!

Dass die Ereignisse, die die ungeheure Wirtschaftsnot in unserer Wojewodschaft verursacht haben, die vielen blutigen Arbeitslosendemonstrationen, ihren Widerhall im Schlesischen Sejm finden werden, war vorauszusehen. Eine überaus falsche Einstellung zur Psychologie der Arbeiterschaft haben von Warschau aus Dekrete erteilt, die zu einer Einstellung der sogenannten staatlichen Hilfsaktion führen sollten. Die Arbeitslosen, die nun durch diese falschen Verordnungen sich ihrer letzten Hilfsquelle, zur Erhaltung ihrer Galgenfrist beraubt haben, antworteten mit Demonstrationen, die leider durch eine nervöse Einstellung der Polizei schon an verschiedenen Orten blutige Opfer gefordert haben. Der Sejm stand bei seiner gestrigen Sitzung ganz unter dem Eindruck der blutigen Vorgänge in Zawodzie, die einen Toten und drei Verwundeten auf Seiten der Arbeitslosen, aber trotz der angeblichen Angriffe auf die Polizei, keine Opfer bei der Polizei herbeigeführt haben. Der Sejm ehrte diese Opfer durch Erheben von den Plätzen, als diese Frage in einer Deklaration hervorgehoben wurde und die darauf verlesene Erklärung des Chefs des Sicherheitswesens, vermochte nicht den Eindruck zu verwischen, den man sich selbst von den Ereignissen gebildet hat. Dass alle anderen Fragen in den Hintergründen traten, ist verständlich und niemand achtete der Anerkennungen, die der Polizei von Seiten der Sanacja ausgestellt wurden, denn ihr Verhalten ist genügend gekennzeichnet, seit den Septembervorgängen im Südpark, anlässlich der Centrowedemonstration.

Sowohl der Korfantklub, als auch die Sanatoren, haben Anträge eingebracht, um bestimmte Fonds zu schaffen, aus denen den Arbeitslosen geholfen werden soll. Aber beide Richtungen haben ganz an die Gesetzesvorlage der Sozialisten vergessen, die seit Monaten eine volle Unterstützung, nach den Gesetzen der Arbeitslosenversicherung, für alle Arbeitslosen fordert, solange ihnen keine Arbeit zugeteilt werden kann. Ohne einzelnen Klubs zu unterstellen, daß sie ihre gestrigen Anträge auch aus rein politischen Demonstrationszwecken gestellt haben, so dürften die Abgeordneten Dr. Glücksman und Machoj feststellen, daß wir nur dann für diese Anträge stimmen werden, wenn die hieraus gewonnenen Mittel zur gesellschaftlichen Unterstützung verwendet werden und nicht als irgend eine Form von Gnadengeschenken oder Wohlthaten, denn für solche Gaben muß sich die Arbeitslosenschar bedanken. Sie will keine Gnade, sondern Arbeit und Brot, und wenn man ihr dieses nicht geben kann, dann eine Unterstützung in der Form, daß die Lebensbedingungen gesichert werden.

Die Sanatoren haben sofort das Allheilmittel gefunden und bieten hierfür die Fonds an, die angeblich durch die Kürzung der Beamtengehälter erzielt worden sind, aber eine Garantie dafür, daß sie auch vorhanden sind, wurde nicht gegeben und auch nicht erwiesen. Auf diesem Boden spielten sich dann die heftigsten Auseinandersetzungen ab, wobei auch die früheren Regime herbeigezogen worden sind und man muß sagen, daß es Wahrheiten waren, die der Korfantrichtung nicht gerade bequem klangen. Aber etwas überholt kam ein Lobgesang des Sanacjaführers Witzak, der die Behauptung aufstellte, daß nur, dank der Persönlichkeit Pilsudski, heute in Polen noch solche Zustände herrschen, daß wir es „so gut“ haben, unter einer anderen Regierung wäre es noch viel schlechter. Im übrigen habe die Regierung alles getan, und was jetzt von den „Pyskacz“ im Sejm geredet wird, das sei nichts anderes, als eine politische Demonstration, gegen die sich die Sanacja energisch verwahren müsse. Die Polizei erfülle nur ihre Pflicht, und da es in Amerika schlecht gehe, so sei die Krise in Polen nur eine Nebenwirkung. Wiederholt traten ihre Jünger zur Verteidigung auf, niemand konnte aber die Schuld vom System selbst hinwegtäuschen, denn darüber war das Urteil der Opposition einig, daß das System schuld sei und nicht die Wirtschaftskrise allein. Der Wojewode mußte durch eine Erklärung selbst zugeben, daß übereilt gehandelt wurde, als man zur Liquidierung der staatlichen Hilfsaktion schritt und daß die Verordnungen Hals über Kopf gemacht wurden.

Der Korfantklub hat durch eine Deklaration die Debatte eingeleitet, die in einer so scharfen Form die heutigen Zustände in Polen charakterisierte, daß sie das Sanacialager völlig aus dem Konzept brachte. So war es auch eine rein natürliche Erscheinung, daß sich die Sanatoren dadurch rächten, daß sie die Oppositionsredner derart unterbrachen, daß sie minutenlang ihre Ausführungen nicht machen konnten. Es war ein Aufmarsch von Rednern der Opposition, die die Lage der Sanacja immer hilfloser gestaltete. Genosse Machoj und Dr. Glücksman gingen sehr hart mit der Sanacja zu Werk und die Korfantmänner schenkten ihren christlichen Brüdern nichts. Als der Abgeordnete Dr. Pant sprach, erreichte die Flegel die Höhenpunkte, indem man dauernd durch Grenzrevision und Volksbund den Redner unterbrach, jedoch seine Ausführungen fast ganz verloren gingen. Aber das holte Genosse Glücksman nach, dem auch die Sanacja zugeben mußte, daß er sie moralisch geschlagen hat, und was dann Herr Baldy zu erwidern wußte, war ein Ausbruch hysterischer Railföigkeit, die die bessere Einsicht ersehen sollte. Am Ende der Redeschlacht zogen die Sanatoren, wie begossene Pudel ab, sie haben nicht nur ihr Prestige verloren, sondern erweisen selbst, daß das System 1 Minute vor Zwölf oder besser, vor dem eigenen Bankrott steht. Ein heißer Tag, der hoffentlich mehr den Arbeitslosen bringen wird, als schöne Reden, die nur ihre Lage bedauerten.

Der Sitzungsverlauf!

Die Galerie ist bis auf den letzten Platz besetzt, als der Marschall die Sitzung gegen 3 1/2 Uhr eröffnet und als erster Punkt die Frage der Besetzung der Post- und Eisenbahnbeamten während der Wahlen zur Behandlung kommt. Die Sozialkommission hat eine Resolution dahin ausgearbeitet, daß sie den Wojewoden ersucht, sich an die Zentralregierung zu wenden, daß dieses Unrecht wieder durch Rückversetzung gut gemacht wird. Der Antrag wird vom Abg. Berlinski begründet und findet auch Annahme. Abg. Dr. Pant, wendet sich gleichfalls gegen solche Besetzungen und schildert einen traurigen Fall eines Eisenbahners, der versetzt wurde, weil sein Kind die deutsche Schule besucht. Auf diese Weise versucht man, das deutsche Schulwesen zu liquidieren und will dann ein Lob der polnischen Schule ausstellen, zu welcher angeblich der Andrang so groß ist.

Hierauf referiert Abg. Machoj, namens der Sozialkommission über den Vorschlag, betreffend Novellierung der Pensionen der Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen, die durch die verzögerte Valorisierung geschädigt worden sind und bringt eine Reihe von Verbesserungen vor, die schließlich auch vom Plenum angenommen und der Warschauer Regierung zur Berücksichtigung überwiesen werden.

Die Frage der restlichen Entschädigung der Flüchtlinge ruft, nach einem Bericht des Abg. Sojnski aus der Sozialkommission, eine heftige Debatte hervor, wobei der Abg. Kornek an die Adresse des ersten Sejms und an den Korfantklub insbesondere, den Vorwurf erhebt, daß man bis zur Einkehr Dr. Craguski nach Oberschlesien für die Flüchtlinge nichts übrig hatte.

Abg. Machoj konnte diese Anwürfe gründlich widerlegen und stellte fest, daß mit der hier abgefassten Resolution den Flüchtlingen nicht geholfen sei, man müsse ihnen mit praktischer Hilfe an die Hand gehen, und das habe gerade die Zentralregierung versäumt, obgleich sie die Nutznießerin dieses Kampfes der Flüchtlinge um ihr neues Vaterland ist. Wenn Warschau nicht hilft, so muß der Schlesische Sejm helfen und das ist möglich, wenn Warschau ihm, die ihm gehörigen Gelder zurücküberweist, die aus verschiedenen Positionen zu Unrecht aus Schlesien abgehoben werden. Nach einer Erwiderung des Abg. Sojnski an den Abg. Kornek, wird schließlich die Resolution der Sozialkommission angenommen.

Kunmohr referiert Abg. Dr. Glücksmann, namens der Rechtskommission, über die Ausdehnung des Dekrets des Staatspräsidenten, betreffend die Ausdehnung des Gesetzes über Maße und Gewichte, auch auf die Wojewodschaft Schlesien, dessen Annahme er im Interesse der Umfirmierung empfiehlt. Abg. Schmiegel wendet sich gegen einen Teil des Gesetzes und fordert in einer besonderen Resolution die Herausnahme der Wassermesser aus diesem Gesetz, weil dadurch den Kommunen ein ungeheurer Schaden entstehen würde. Die Vorlage wird daraufhin nochmals der Rechtskommission überwiesen.

Der Bericht der Sozialkommission über einen deutschen Antrag, bezüglich des Dekrets des Staatspräsidenten zur Privatangestelltenversicherung, wird nach den Vorlegungen des Abg. Pamlas angenommen, wobei Abg. Machoj eine Reihe von Verbesserungen zu Arbeitslosenbezügen stellt, die auch durch das Plenum gutgeheißen werden.

Das Projekt der Wojewodschaft, betreffend Verkauf einer Teilparzelle an die Gesellschaft „Sigoze“, wird der Rechtskommission überwiesen.

Gen. Dr. Glücksmann über die Schuld des heutigen Systems

Die Ideologie, daß alles Gute vom Marschall kommt, sind wir gewohnt. Nur müssen wir feststellen, daß diese Ideologie verjagt hat, gerade, wo es sich um die Arbeitslosenfrage handelt. Der Minister Moraczewski rühmte sich dessen, daß man in den Jahren 1927 bis 1929 alle Budgetüberschüsse ausgab, aber eine so kluge Regierung, wie sie hier der Abg. Witzak darstellte, hätte weiter gesehen und für schlechtere Zeiten eben Reserven gespart. Wenn Witzak heute der Polizei keine Komplimente macht, dann geheise dies zu einem falschen Zeitpunkt, der Dank war angebracht am 16. und 23. November, als sich die Polizei so tapfer bei den Wahlarbeiten, zum Schutz der Sanatoren, erwies, heute kann ihr kein Lob, sondern nur ein Bedauern ausgestellt werden. Wenn Witzak den Abg. Korfant hier argreift, so sei auch er ein Gegner seiner Politik, nur habe die Sanacja durch seine Besetzung in Prest alles wettgemacht, was man Korfant ja hätte vorwerfen können und die heutigen Anklagen seien nichts anderes als eine Persiflage.

Den Arbeitslosen muß man helfen und dazu müssen die größten Anstrengungen in den nächsten Tagen gemacht werden. Die Sozialistische Fraktion könne sich aber nicht so leicht hin mit den Anträgen des Korfantklubs und der Sanatoren abfinden, nachdem eine Gesetzesvorlage von ihr bereits seit Monaten in der Budgetkommission unerledigt daliege. Die hier angeführten Sparnisse müssen also auf diesen Arbeitslosenfonds übertragen werden und daß den Sozialisten die Anträge sehr ernst sind, haben sie bereits an der ersten Sitzung des zweiten Schlesischen Sejms bewiesen, für die leider in diesem hohen Hause kein Verständnis vorhanden war. Zu Kompromissen sei man ja bereit, denn das ist schließlich jede parlamentarische Arbeit, wenn man nicht die Wahrheit hat, entschieden müsse er es beurteilen, wenn man parlamentarisch über die Gesetzesvorlage der Sozialisten hinweggehen will, die bereits die Sozialkommission passiert habe. Es ist nicht fünf Minuten vor Zwölf, sondern knapp noch eine Minute und der Sejm müsse jetzt beweisen, daß er seiner Aufgabe gewachsen sei. Hier ist die Zusammenarbeit aller erforderlich, nicht aber Polizeiaufgebote gegen hungernde Arbeiter. Sowie man mit der Entscheidung der Hilfsunterstützung gehandelt hat und nun ihre rasche Zufuge der Wiedereinführung, müssen die Arbeitslosen als eine Proklamation bezeichnen und empfinden. Das Gerede von Kommunisten, einer Partei, die

Das Sanacialystem auf der Anlagelant

Der Abg. Sojnski verliest einen Antrag des Korfantklubs, betreffend einer sofortigen Einberufung der Budgetkommission, zur Schaffung eines monatlichen Hilfsfonds für die Arbeitslosen, in Höhe von 700 000 Zloty, wobei betont wird, daß die Attaken der Polizei in Zawodzie mehrere Opfer gefordert haben, zu deren Ehren sich die Opposition von den Plätzen erhebt. In der Deklaration wird dann das Sanacialystem auf das entschiedenste verurteilt, offen die Unfähigkeit des Systems gekennzeichnet und dabei, unter Anwendung einer bekannten Phrasologie, das Regime selbst lächerlich gemacht. Die Erklärung ist in einem so harten Ton gehalten, daß bei den Sanatoren die Farben wechseln, ob der Wahrheiten, die hier zum Ausdruck kamen. Satz für Satz bildet Donnererschläge gegen das herrschende System, aus welchem die Sanacja nicht heraus kann.

Bald darauf befragt der Chef des Sicherheitswesens der Wojewodschaft die Tribüne und gibt einen Polizeibericht über die Vorgänge in Zawodzie, wobei die Sache so dargestellt wird, als wenn die Polizei provoziert worden sei. Es wird zugegeben, daß infolge Baufschuß, der Arbeiter David im Lazarett verstorben sei und daß noch drei weitere Arbeiter verwundet wurden, wobei einer aus dem Lazarett floh. Die Demonstration wird auf kommunistische Umtriebe zurückgeführt, wobei die Polizei alles durch Hausdurchsuchungen ermittelt habe und mehrere Verhaftungen durchführen konnte.

Der Chef der Abteilung für Sozialfürsorge, gibt darauf einen Überblick über die Leistungen, die die Wojewodschaft im Interesse der Arbeitslosen vollzogen hat und stellt in Aussicht, daß alles unternommen ist, um die Unterstützungen auch in Zukunft aufrecht zu erhalten, mit entsprechenden Vorschlägen würde die Sozialabteilung dem Sejm noch an die Hand gehen. Das soll nur eine Beruhigungsspielie sein, die vom Plenum nicht mit Ernst aufgenommen wurde, da sie den Eindruck einer Angstpsychose darstellt.

In heftiger Erregung versucht nun der Sanacjaführer Dr. Witzak, die Angriffe der Deklaration zu widerlegen, beschuldigt Korfant und die Opposition, daß sie, auf Kosten der Arbeitslosen, ihr politisches Parteigeschäft besorgen wollen. Stellt den heutigen Zustand als ein Ideal hin, muß zugeben, daß sich das kapitalistische System überlebt habe, daß eine andere Wirtschaftsform Platz greifen müsse, der Marschall Pilsudski als bisher alles zum Guten geführt habe und darum bringe er einen praktischen Vorschlag ein, der an die Arbeitslosen die „Sparnisse“ aus der Kürzung der Beamtengehälter überweisen will.

Nur die Wahrheit nicht hören!

Als Abg. Dr. Pant erklärt, daß das Arbeitslosenproblem eine Gefahr für den Staat darstelle und bestimmt nicht mit Gewehrfeuer der Polizei oder mit Feuerwehren behoben wird, erhebt sich ein solcher Sturm der Entrüstung, daß der Redner keine Ausführungen nicht fortsetzen kann. Ihm wird Volksbund, Grenzrevision zugerufen, Prinz Plej vorangestellt, Abg. Baldy hebt und ruft, daß man sich von Dr. Pant nicht belahnen lassen werde. Dr. Pant schließt schließlich seine Ausführungen damit, daß er betont, solange man den Arbeitslosen keine Beschäftigung zuweisen kann, muß man ihnen eine Unterstützung sichern.

illegal sei, ist dummes Zeug, denn man braucht den hungernden Arbeitslosen nur Brot zu geben und man hat keine Kommunisten, sie werden höchstens durch die Gewehrsalven der Polizei erst wirklich geschaffen. Drohhohn ist ein Beispiel dafür, was für Kommunisten es sind, wenn sie sich auf einen Bäderladen stützen, um den Hunger stillen zu können und sofort die Demonstrationen aufgeben, wenn man ihnen Brot zusichert.

Wir sagen nicht, daß wir die einzigen Repräsentanten der Arbeiterklasse sind. Daß man die Arbeiterbewegung zerstückelt, dafür sind die Wahlen Zeuge und zur Zerschlagung und Zerspaltung der Arbeiterbewegung wird auch heute alles aufs Spiel gesetzt. Früher waren es radikale Elemente, die jetzt bei der Sanacja Unterkunft gefunden haben und man kann sich leicht vorstellen, daß die gleichen Elemente sich auch den Volksgewählten anschließen werden, wenn diese etwa die Nachfolger des heutigen Regimes werden sollten. Hier hat man verschiedene Quellen genannt, aus denen der Arbeitslosenfonds gespeist werden soll. Wir sind damit einverstanden, woher das Geld kommt, nur wollen wir keine Wohlthaten, keine Geschenke, keine Almosen, sondern gesellschaftlich geregelt Unterstützungen. Keine Budgetkäuferei, wie sie auch in Warschau betrieben wird, und wenn sie jetzt in Schlesien folgen soll, so ist uns ja Warschau ein Beispiel.

Keine vielen Worte, sondern rasche Hilfe, daß ist ein Gebot der Stunde, damit hier nicht einmal die Arbeitslosen selbst erscheinen und diesem Sejm sagen, daß seine Zeit abgelaufen ist, die Arbeiterräte wollen sein Werk fortsetzen. Wäge sich der Sejm seiner Aufgabe, den Arbeitslosen Hilfe zu bringen, gewachsen zeigen!

Abg. Baldy polemisiert dann mit dem Abgeordneten Dr. Glücksmann, dem er Demagogie vorwirft und in einer Weise angreift, die wir aus Anständigkeitgefühl einfach übergehen. Schimpfworte lennen noch sachliche Argumente nicht ersetzen.

Abg. Korfant warnt vor einem zweiten 1918

Wenn ich die gegenwärtige Situation richtig beurteile, so habe ich immer wieder die Vorgänge von 1918 und 19 vor Augen. Wenn man meine Person in den Vordergrund stellt, so könnte ich das als eine Ehre bezeichnen, aber von Angehörigen der Sanatoren muß ich diese Ehre entschieden ablehnen. Der heutige Tag

Mietersteuer und Verschlechterung des Mieterschutzgesetzes

Von Abg. Dr. S. Glücksmann.

Das Regierungsprojekt plante lediglich eine Mietersteuer.

Allerdings lesen wir im Motivenbericht, daß eine Angleichung der Mietzinse in alten Häusern mit jenen in den Neubauten notwendig sei.

Wir haben schon diese Steuer als unreal und unsozial bezeichnet, weil sie das Existenzminimum nicht steuerfrei läßt.

In der Wohnungskommission, deren acht Mitglieder den bürgerlichen Parteien angehören, ist auch viel über die Abschaffung des Mieterschutzes gesprochen worden.

Beide diese Grundgedanken greift jetzt Abg. Chmielewski auf und empfiehlt deren Verwirklichung in der „Polonia“ vom 11. und 12. Juni l. Js.

Zunächst Bedenken.

Abg. Ch. wiederholt, was schon satfam bekannt ist: Wir haben eine Wohnungsnot. Sie muß behoben werden.

Alles wahr. Wir haben es schon hundertmal gehört, in den verschiedensten Varianten. Offen blieb nur die Frage: mit welchen Mitteln soll dieser gute Zweck erreicht werden?

Der Mieterschutz ist unpopulär.

Schreibt Abg. Chm. Also? Muß er beseitigt werden.

Der Mieterschutz ist wirklich unpopulär. Es hassen ihn die Hausbesitzer, die den Krieg hindurch ihren Vermögenswert gerettet, die Hypotheken mit nützlichen Beträgen abgezahlt haben.

Es hassen den Mieterschutz die Kriegsgewinner, die Realitäten auf Kosten unsäglicher Opfer Anderer sich bereichert haben.

Auch jene Hausbesitzer hatten den Mieterschutz, die in der Inflationszeit ihre Realitäten mit entwertetem Gelde erworben haben.

Das ist wohl richtig, daß diese Hausbesitzergruppen einen guten Grund haben, den Mieterschutz zu verurteilen. Aber insgesamt bilden sie kaum mehr als 5 Prozent der schlesischen Bevölkerung.

Nach 31 Jahren Sättigung des Wohnungsbedarfes.

Sollte das Projekt des Abg. Chm. Anklang und Bewirkung erfahren, dann könnte ein Ausgleich zwischen Wohnungsfrage und Wohnungsangebot erst nach 31 Jahren erzielt werden.

Reale Politik erfordert, daß Pläne den bestehenden Verhältnissen und den sozialen Erfordernissen Rechnung tragen. Wenn jedoch eine Sättigung des Wohnungsmarktes erst nach 31 Jahren eintreten kann, die gegenwärtige Generation durch eine zweite ereicht ist, wozu schon heute den Mieterschutz angreifen?

Auch wir verschließen uns dem Gedanken der Beseitigung des Mieterschutzes nicht. Der Mieterschutz wird gegenstandslos und überflüssig werden, wenn wir im Lande eine Wohnung mehr haben werden, als es die Nachfrage erfordert.

Dann haben wir Gelegenheit, darüber zu sprechen. Heute, solange noch die Wohnungsnot katastrophal ist, kann niemand Vernünftiger an einen Abbau des Mieterschutzes ernst denken.

Auch Abg. Chm. denkt nicht daran. Er möchte nur in einer Hinsicht den Mieterschutz lockern, nämlich die Bestimmung des Art. 6, der die Höhe des Mietzinses gesetzlich regelt.

Keine Parität.

Formell — so schreibt Abg. Chm. — hat der Mietzins 100 Prozent der Vorkriegszeit erreicht. Faktisch macht er nur 58 Prozent der Vorkriegszeit aus, da er im Jahre 1925 um etwa 40 Prozent gesunken ist.

Rechnerisch stimmt alles.

Wie aber verhält es sich mit den Löhnen und Gehältern? Sind auch diese um 70 Prozent gestiegen?

In einem Arbeiterlande, wie Schlesien dies ist, muß diesem Faktor strikte Rechnung getragen werden, sonst schlägt die ganze Kalkulation fehl.

Vorsicht geboten.

Daß die Wirtschaftskontunktur berücksichtigt werden muß, die Steigerung nur stufenweise, langsam in Semestern erfolgen kann und eine Aufschubmöglichkeit der Mietzinssteigerungen dem Wojewodschaftsrat eingeräumt werden muß, — das sieht auch Abg. Chm. ein.

Noch mehr. Abg. Chm. möchte gar nicht, daß volle Mietzinsparität eingeführt wird. Er begnügt sich damit, daß im Laufe von höchstens 6 Jahren der Mietzins um 50 Prozent erhöht werde.

„Politik auf weite Sicht.“

Vorerst sollte diese Mietzinssteigerung nicht den Hausbesitzern, sondern dem schlesischen Bauvolk zugute kommen.

Darf das Arbeitsgesetz zum Nachteile des Arbeiters ausgelegt werden?

Aus dem Kommentar des Handelsgesetzbuches vom 16. Januar 1910 N. O. Bl. 20

Die gegenwärtige Rechtsprechung verneint in den meisten Fällen den Anspruch des Dienstnehmers auf Bezahlung geleisteter Ueberstunden.

Die Rechtsprechung steht auf dem Standpunkte, daß die Bezahlung für geleistete Ueberstunden sofort begehrt, bezw. eingemahnt werden müsse weil sonst das Schweigen des Dienstnehmers eine „Stillschweigende Willenserklärung“ bedeutet.

Ferner in Fällen in welchen ein Dienstnehmer für seine geleisteten Dienste durch Verkaufs- bezw. Umsatzprozente entlohrt wurde, stellt sich die gegenwärtige Rechtsprechung auf den Standpunkt, daß die Entlohnung für geleistete Dienste durch Verkaufs- bezw. Umsatzprozente pauschaliert ist und daß dies eine „Pauschalierte Entlohnung“ sei.

Dieser Standpunkt ist aber unrichtig: Wenn der Dienstnehmer die Bezahlung für geleistete Ueberstunden erst nach dem Austritte aus dem Dienste, oder erst nach drei Jahren, oder aber für die letzten drei Jahre begehrt, kann in keinem Falle der durchgreifende Satz aufgestellt werden, daß in einem solchen Falle das lange Stillschweigen des Dienstnehmers nach bürgerlichem Rechte eine „Stillschweigende Willenserklärung“ bedeute.

Das Schweigen an und für sich ist nur eine Nichtäußerung des Willens, welches weder Zustimmung noch Ablehnung bedeutet. Das bürgerliche Recht § 863 a B. G. B. in Fällen dieser Art, von stillschweigender Willenserklärung, sagt ausdrücklich: Es darf jedoch nicht daher verstanden werden, als dürfte das Schweigen überhaupt und unter allen Umständen als Zustimmung gedeutet werden.

Es ist in Fällen dieser Art durch Sachverständige, Zeugen und Parteien erwiesen worden, daß ein Dienstnehmer wenn derselbe die Bezahlung seiner geleisteten Ueberstunden gefordert hat, sofort entlassen wurde, oder aber sofort entlassen worden wäre, wenn derselbe die Bezahlung seiner geleisteten Ueberstunden sofort verlangt hätte.

Schutztag den Glauben zu haben, daß das private Kapital im Jahre 1962 die gegenwärtige Funktion ausüben wird, wo autoritäre bürgerliche Forscher die Funktion des Privatkapitals und der Privatinitiative als reaktionär, hemmend und unsozial bezeichnen — ist wohl stark gewagt.

Aber wirtschaftlich nur betrachtet, was begründet eine Mietzinssteigerung zugunsten der Hausbesitzer? Etwa die Art, wie sie den Besitz errungen, den Wert aufrechterhalten haben? Oder ist es der Kapitaldienst vielleicht? Es sind doch aber die meisten Realitäten nach fünfzigjährigem Bestande amortisiert und verzinst.

Obersächlich gesehen, haben wir in diesem Projekte mit einer „Wirtschaftspolitik auf weite Sicht“ zu tun. Faktisch ist es nur eine Auffrischung alter, verfallener, obendrein lebensfremder Projekte, denen ein neues Schild und ein neues Gewand angehängt wurde.

wäre, wenn derselbe die Bezahlung seiner geleisteten Ueberstunden sofort verlangt hätte. In Fällen dieser Art sagt das bürgerliche Recht §§ 869, 870 ausdrücklich: „Die Einwilligung muß frei sein, d. h. jeder Zwang macht sie ungültig.“

In Fällen in welchen die vereinbarte Entlohnung des Dienstnehmers in Verkaufs- bezw. Umsatzprozente besteht, zum Beispiel bei Kellnern, Friseurern usw. kann nur von einer Entlohnung für geleistete Dienste gesprochen werden, denn die zwischen Dienstgeber und Dienstnehmer vereinbarte Entlohnung für geleistete Dienste, deckt unter keinen Umständen jene Arbeitszeit, welche gesetzlich nicht erlaubt ist, und es können nur jene Arbeitsstunden als entlohnt betrachtet werden, welche der Dienstnehmer laut des Gesetzes leisten muß.

Der Kern der Frage liegt nun darin, ob es angeht Ruhe- bezw. Arbeitsgesetze zum Nachteile des Arbeiters bezw. Dienstnehmers anzulegen und ob der Dienstnehmer die Bezahlung geleisteter Ueberstunden fordern kann, welche derselbe zwar entsprechend der direkten oder aber indirekten Weisung des Dienstgebers, jedoch aber aus einer durch das Arbeitsgesetz verbotenen, somit unerlaubten Vereinbarung leistete.

Hier geht die Rechtsprechung auseinander: „Seine Ansprüche“ kann der Dienstnehmer ungeachtet dessen von ihm gegen ein gesetzliches Verbot gearbeitet wurde nicht verlustig werden, da durch die gesetzlichen Bestimmungen in erster Linie der übermäßigen Ausnützung der Dienstnehmer durch die Dienstgeber Schranken gesetzt werden sollen und es nicht angeht das Gesetz auch nur zum mittelbaren Nachteile des Dienstnehmers auszu legen.

Eine Rechtsprechung, welche Gesetze d. h. Arbeits- und Ruhegesetze mit Hilfe der bürgerlichen Rechte zum Nachteile des Arbeiters auslegt, würden für die Dienstnehmer das traurigste Los bedeuten, eine Zwangslage, in welcher die Dienstnehmer selbst, zu deren Schutz Arbeits- und Ruhegesetze geschaffen sind, diese Gesetze hintergehen müßten. Gegen die übermäßige Ausnützung der Dienstnehmer durch die Dienstgeber würden sich mit einem Male alle Schranken öffnen.

Der Verein der Arbeiterkinderfreunde Bielsto veranstaltet am Sonntag, den 21. Juni l. Js. in den Straßen der Stadt Bielsto eine Sammlung, dessen Ertragnis für eine Aktion zur Unterbringung erholungsbedürftiger Arbeiterkinder verwendet werden soll.

Zwiewic. (Arbeitslosendemonstration.) Am Montag, den 15. d. Mts. früh versammelten sich einige Hundert Arbeitslose am Ringplatz aus der Umgebung von Zwiewic um wegen Arbeit oder Unterstützung bei den Behörden vorstellig zu werden.

zuführenden Schritte berieten und zogen dann wieder heimwärts. Die Demonstration verlief ruhig und es kam nirgends zu welchen Ausschreitungen.

Wo die Pflicht ruft!

Achtung, Vorstandsmitglieder aller Gewerkschaften! Die letzten Vorfälle in der hiesigen Arbeiterbewegung, wie Lohnabbau, Beseitigung des Paragraphen 1154 b und anderer Ergrungenheiten, zugleich die Bagatellisierung der Arbeitslosenangelegenheiten, Kürzung und Schmälerung der Mitgliedsrechte in den Krankenkassen zwingen uns, zu allen diesen Fragen Stellung zu nehmen.

Konferenz sämtlicher Vorstandsmitglieder aller Gewerkschaften ein. In Anbetracht der Wichtigkeit der zu besprechenden Fragen erwarten wir ein vollzähliges und pünktliches Erscheinen. Das Sekretariat der Gewerkschaftskommission für Bielitz-Biala und Umgegend.

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter. Bielitz, Donnerstag, 18. Juni, 7 Uhr abends: Ges. Zusammenkunft. Freitag, 19. Juni, abends 7 Uhr: Handballspielerversammlung. Sonntag, 21. Juni: Blumentag der Arbeiterkinderfreunde.

Freie Turnerschaft Wituszowice. (Generalversammlung.) Sonnabend, d. 20. I. Js., findet um 7 Uhr abends die jährliche Generalversammlung im Lokal des Herrn Genfer statt. Tagesordnung: 1. Protokoll der letzten Generalversammlung. 2. Kassenbericht. 3. Berichte der Funktion: a) Obmann, b) Turnwart, c) Zeugwart, d) Kontrollreue. 4. Neuwahl. 5. Vereinsangelegenheiten. 6. Allfälliges. Alle ausübenden sowie unterstützenden Mitglieder werden ersucht pünktlich zu erscheinen.

Krieg

Es war im Jugendheim. Ein älterer Genosse, der den Krieg an der Westfront mitgemacht hatte, schilderte seine Erlebnisse. Ohne Uebertreibung, in schlichten aber eindringlichen Worten berichtete er aus jenen grauenvollen Tagen. Seine Worte unterstützte er mit eigenen Photographien, die er draußen unter großen Mühen hergestellt hatte. Geschäft wußte er sie damals vor den Augen seiner Vorgesetzten zu verbergen, denn wenn diese es gemerkt hätten, daß er den Krieg in seiner wahren Gestalt festhielt, wären ihm diese Bilder bestimmt vernichtet worden. Teilweise fügte er auch Bilder aus dem Buche „Krieg dem Kriege“ ein und besser als das gesprochene Wort zeigten sie den Krieg in seiner ganzen Scheußlichkeit und Roheit. —

Eine heilige Stille herrschte im Saale und man fühlte das Grauen, welches ein jeder von diesem schlimmsten aller Auswüchse des kapitalistischen Systems empfand.

Die Bilder an der Leinwand zeigten die bis zur Unkenntlichkeit verstümmelten Leiber der Kriegsgesopfer. Furchtbare Anklage gegen eine Gesellschaft, die derartiges zuließ.

Plötzlich ging eine unruhige Bewegung durch den Raum und wie auf ein Signal dreht sich alle Köpfe nach den hintersten Stuhlfleichen. Ein hemmungsloses Schluchzen erschütterte den Saal. Einem jungen Genossen, der noch Kind war, als sein Vater auf dem „Felde der Ehre“ fiel und den er eigentlich gar nicht richtig gekannt hatte, war das Herz übergegangen. In diesem Abend hatte er die Verlogenheit der Kriegsmacher erkannt und der angebl. „Heldentod“ seines Vaters war ihm in seiner ganzen Scheußlichkeit zum Bewußtsein gekommen. Ich wünschte, einige von diesen Kriegsschreibern, die sich jetzt schon wieder so breit machen und scheinbar alles, was sie draußen erlebt, schon wieder verzeihen haben, hätten diese Stunde miterlebt.

Willy Herleb: Hirschberg.

Rundfunk

Kattowik — Welle 408,7

Freitag, 12.10: Mittagskonzert. 15.25: Vorträge. 16.10: Schallplatten. 16.50: Französisch. 17.10: Konzert. 17.35: Vortrag. 18: Nachmittagskonzert. 19: Vorträge. 20.15: Sinfoniekonzert. 21.20: Suitenkonzert. 22.30: Tanzmusik. 23: Vortrag franz.

Warschau — Welle 1411,8

Freitag, 12.10: Mittagskonzert. 15.25: Vorträge. 16.50: Französisch. 17.15: Schallplatten. 17.35: Vortrag. 18: Orchesterkonzert. 19: Vorträge. 20.15: Sinfoniekonzert. 22.30: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259.

Breslau Welle 325.

11.15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11.35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst.
12.35: Wetter.
15.20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.
12.55: Zeitzeichen.
13.35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13.50: Zweites Schallplattenkonzert.

Freitag, 19. Juni. 6.30: Funkgymnastik. 6.45—8.30: Frühkonzert auf Schallplatten. 15.20: Stunde der Frau. 15.45: Das Buch des Tages. 16: Unterhaltungskonzert. 17.15: Zweiter landw. Preisbericht; anschließend: Das wird Sie interessieren! 17.35: Die Zeit in der jungen Dichtung. 18.10: Sternbilder im Volksglauben. 18.35: Wettervorhersage; anschließend: Aus aller Herren Länder. 20: Wettervorhersage; anschließend: Blick in die Zeit. 20.30: Aus Berlin: Fahnen am Matterhorn. (Sörspiel.) 22.15: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22.30: Fünfzehn Minuten Steuerfragen. 22.45: Mit dem Motorrad durch sieben Länder in sechzehn Tagen. 23: Die tönende Wochenschau. 21.15: Funkstille.



U-Boot-Fahrt zum Nordpol in Frage gestellt

Kapitän Danenbower, der der Führer der „Nautilus“.

Das Unterseeboot „Nautilus“, mit dem Kapitän Sir Hubert Wilkins seine Fahrt zum Nordpol antreten wollte, hat auf der ersten Etappe seiner Reise, etwa 1500 Meilen von Neuport entfernt, mitten auf dem Ozean eine schwere Havarie erlitten und mußte von dem amerikanischen Schachtschiff „Whoming“ in Schlepp genommen werden. Man befürchtet, daß die Reparaturen längere Zeit beanspruchen und die geplante U-Boot-Fahrt für das nächste Jahr verschoben werden muß.

Veranstaltungskalender

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Myslowitz. D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt hält die Monatsversammlung am Sonntag, vormittags um 10 Uhr, bei Chylnski am Ringplatz ab. Referent: Genosse Rowoll.

Anhalt. Am Sonntag, den 21. Juni, findet bei Berger, nachmittags 3 Uhr, eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. statt. Als Referent erscheint Sejmabgeordneter Gen. Rowoll.

Bergbauindustrieverband.

Myslowitz. Sonntag, den 21. Juni, vormittags um 10 Uhr. Generalversammlung im Lokal Breslauer-Emol. Anschließend, um 2 Uhr, Ausflug in den Wald, wozu jeder Kamerad seine Familie mitbringen soll.

Maschinen- und Heizer.

Gipine. Am Sonnabend, den 20. Juni, nachmittags 5 Uhr, findet in unserem Versammlungslokal bei Hecht eine wichtige Mitgliederversammlung statt.

Metallarbeiter.

Kattowitz. Am Sonntag, den 21. Juni 1931, vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, findet im Zentral-Hotel (Saal) in Kattowitz, die fällige Mitgliederversammlung statt. Referent: Kollege Buchwald. Alle in der Baildonhütte beschäftigten Kollegen werden, zwecks Stellungnahme zur Betriebsratswahl, besonders eingeladen. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Für die Zeit vom 16. bis 21. Juni.

Donnerstag: Musikabend.
Sonnabend: Abmarsch zur Sonnenwende.
Sonntag: Sonnenwende.
Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht.
Die Abende fangen um 1/8 Uhr an.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Donnerstag, den 18. Juni: Spiele im Freien. Rote Falken.
Freitag, den 19. Juni: Gesang und Volkstanz.
Sonnabend, den 20. Juni: „Sonnenwendfeier“. Abmarsch 7 Uhr vom Volkshaus.

Freie Sänger.

Bismarckhütte. (Volkshor Freiheit.) Die Gesangstunden finden jeden Donnerstag um 7 Uhr, für den Gesangchor statt. Die Sangeschwestern und Sangesbrüder werden ersucht, die Uebungstunden regelmäßig zu besuchen.

Emanuelsegen. (Arbeiter-Gesangverein „Uffmann“) Am Sonntag, den 21. Juni d. Js., findet vorm. um 9.30 Uhr, in der Privatschule eine außerordentliche Versammlung statt. Die Tagesordnung umfaßt 10 Punkte. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Ehrensache.

Touristenverein „Die Naturfreunde“.

Anlässlich, der am Sonnabend, den 20. Juni stattfindenden Sonnenwendfeier des Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ und S. A. Jugend Bezirk Schlesien, werden die Ortsgruppen des L. B. „Die Naturfreunde“ gebeten, zu der am Donnerstag, den 18. Juni, abends um 7 Uhr, in Krol. Guta stattfindenden Bezirksführerkonferenz einen Führer zu entsenden, um das Programm festzusetzen.

Allgemeines Treffen für Sonnabend ist in Panewnik um 10 Uhr abends. Interessenten, die daran teilnehmen wollen, werden gebeten sich an die einzelnen Kulturvereine anzuschließen. Decken und Taschenlampen sind mitzunehmen. Bezirksführer.

Freie Radfahrer Königshütte!

Programm der Ausfahrten im Monat Juni.

Sonntag, den 28. Juni: Fahrt nach Bieltz auf zwei Tage. Abfahrt 4 Uhr früh.

Bei sämtlichen Ausfahrten sammeln sich die Radler im Volkshaus.

Kattowitz. (Ortsausschuß.) Freitag, den 19. Juni, abends 6 Uhr, im Zentralhotel Vorstandssitzung. Die Vorstandsmitglieder werden ersucht pünktlich zu erscheinen.

Bismarckhütte. Am Donnerstag, den 18. Juni, nachm. 6 Uhr, findet im D. M. B.-Büro ul. Kratowska 21, die fällige Ortsausschußsitzung statt. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Delegierten ist Pflicht.

Königshütte. (Mitgliederversammlung der Freien Gewerkschaften der Werkstättenbetriebe.) Am Freitag, nachmittags 6 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der Freien Gewerkschaften statt. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidatenliste zu den kommenden Betriebsratswahlen in der Werkstättenverwaltung. Die Mitglieder obgenannter Betriebe werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Königshütte. (Verein für Aquarien und Terrarienkunde „Ludwigia“.) Am Sonntag, den 21. Juni, findet nachmittags 6 Uhr, im Vereinszimmer die fällige Monatsversammlung statt. Gäste willkommen.

Königshütte. (Ortsausschuß.) Am Sonnabend, den 20. Juni, abends 6 Uhr, findet im Volkshaus ul. 3-go Maja 6, eine Ortsausschußvorstandssitzung statt.

Siemianowitz. (Ortsausschuß.) Am Montag, den 22. Juni 1931, nachmittags 6 Uhr, im D. M. B.-Büro Ortsausschußsitzung. Um 5 Uhr Kassenrevision. Die Revisoren werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Siemianowitz und Umgegend. (Mäh- und Kochstube.) Am 23. Juni d. Js., beginnt wieder beim S. Kosdon, nachmittags 2 Uhr, der Nähkursus. Anmeldungen nehmen immer noch die Vertrauensmänner der Freien Gewerkschaften, der Partei und Arbeiterwohlfahrt entgegen. Wir bitten die Interessenten um recht zahlreiche Beteiligung.

Schriftleitung: Johann Rowoll; für den Inhalt verantwortlich: Theodor Raima, Mała Dąbrowka; für den Inseratenteil: Franz Kohnert, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, ul. Kościuszki 29.



Das Ei des Kolumbus

war nicht überraschender als das Zugsieb der „Komplekta“-Kanne, deren Benutzung eine vollkommene Teebereitung ermöglicht und dadurch höchsten Teegenuß verbürgt. Aroma, Kraft u. Ergiebigkeit sind voll entwickelt. Die Teeblätter rationell ausgenüßt!

Sie erhalten die „Komplekta“-Kanne gegen Einsendung leerer Umhüllungen von Tee Marke „Teekanne“ im Netto-Teegewicht von 3 kg, dazugehörige Zuckerdose oder Sahnegläser oder Teefasse für Umhüllungen im Netto-Teegewicht von 1 kg, durch FIRMY „TEAPOT-COMPANY Ltd.“ WARSAWA, OKOPOWA 21/25.

Verlangen Sie deshalb nur

tee TEERANNE

Ihr Mund

wird entzündet durch häufig verärrt Zähne. Ueber Mundgeruch wirkt abtösend. Beide Uebel werd. sofort i. vollkommen unsehbar. Welsche beilegt b. die bewährte Zahnpaste Chlorodont, die wirksam unterstützt durch Chlorodont-Mundwasser. Überall zu haben.

Werbet ständig neue Leser für den Volkswille!

200 entzückende Modelle für Ihr neues Kleid nach **BEYERS MODEFÜHRER** Frühjahr / Sommer 1931
Bd. I Damenkleidung 1.90, Bd. II Kinderkleidung 1.20
Beide mit großem Doppelschnittbogen
Verlag Otto Beyer • Leipzig-Berlin

INSERIEREN

Die Tatsachen beweisen es; denn alle bedeutenden Unternehmungen von Welt sind, nach den eigenen Aussagen ihrer Gründer, mit in erster Linie durch ihre umfassende u. zielbewusste Insertion groß geworden. Ziehen wir die Augenwendung daraus; vertrauen wir weiter unsere geschäftlichen Chancen der Zeitungsanzeige an

IST GEWINN

PHOTOALBEN

VON DER EINFACHSTEN BIS ZUR ELEGANTESTEN AUSFÜHRUNG

KATTOWITZER BUCHDRUCKEREI UND VERLAGS-SPÓŁKA AKCYJNA



Reklamedrucksachen

Modernste Ausführung
Entwürfe in kurzer Frist
Vertreterbefuch jederzeit

„Vita“ nakład drukarski Katowice, ul. Kościuszki 29 :: Tel. 2097